

Vorbereitung einer Satzungsänderung

=====

Einem Beschluß der Mitgliederversammlung vom 16. November 1963 entsprechend, der nächsten Mitgliederversammlung einen Vorschlag zur Satzungsänderung vorzulegen, wird sich Mitte des Jahres eine Konferenz des Vorstandes, der Ortsverbandsvorsitzenden und der Beiratsmitglieder mit den verschiedenen Anträgen zur organisatorischen Neuordnung der "Humanistischen Union" beschäftigen. Die Geschäftsstelle bereitet eine Zusammenstellung aller vorliegenden Anträge vor, aufgrund derer dann eine endgültige Formulierung ausgearbeitet werden soll. Diese Neufassung der Satzung wird allen Mitgliedern der "Humanistischen Union" zur schriftlichen Abstimmung vorgelegt. Findet der Entwurf die Zustimmung der Mehrheit aller Mitglieder der "Humanistischen Union", muß er, da eine schriftliche Urabstimmung in unserer derzeitigen Satzung nicht vorgesehen ist, durch eine Beschlußfassung der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung (1965) inkraft gesetzt werden. Findet er keine Mehrheit, muß eine 2. Tagung der Mitglieder des Vorstandes, des Beirats und der Vorsitzenden der Ortsverbände anberaumt werden, auf der unter Berücksichtigung der von den Mitgliedern erhobenen Einwände und Vorschläge eine korrigierte Fassung des Satzungsentwurfs zu erarbeiten ist. Mit dieser wird dann in gleicher Weise verfahren, wie mit dem 1. Entwurf.

Der Vorsitzende der "Humanistischen Union", Dr. Gerhard Szczesny, hat dieses von den Teilnehmern der geplanten Konferenz inzwischen gebilligte Verfahren vorgeschlagen, weil nur eine schriftliche Urabstimmung aller Mitglieder eine wirklich demokratische Willensbildung garantiert und nur auf diese Weise eine neuerliche fruchtlose Diskussion der Frage vermieden wird, wieweit die aufgrund der jetzigen Satzungsbestimmungen zustandekommende Mitgliederversammlung repräsentativ und damit befugt ist, so wichtige Entscheidungen, wie es die geplanten Satzungsänderungen darstellen, zu treffen.

Herder-Verlag berichtigt Lexikon-

=====

eintrag über Humanistische Union

=====

Um eine gerichtliche Auseinandersetzung zu vermeiden, erklärte sich der Herder-Verlag, Freiburg, bereit, einen Eintrag über die Humanistische Union in HERDERS VOLKSLEXIKON FARBIG in den noch vorhandenen Exemplaren und in der im Druck befindlichen Neuauflage des Nachschlagwerks zu berichtigen. Der Eintrag hatte gelautet: "Humanistische Union, 1961 gegründeter atheistischer Freidenkerverband gegen konfessionalistische Tendenzen und das offizielle ideologisierte Christentum". Gegen diese Formulierung hatte die Humanistische

Union am 19.12.1963 beim Landgericht München I eine einstweilige Verfügung beantragt mit der Begründung, der Text sei objektiv falsch und damit rechtswidrig. Die Humanistische Union sei eine kulturpolitische Vereinigung, zähle zu ihren Mitgliedern zahlreiche evangelische und katholische Christen und betrachte es als ihre Aufgabe, Angehörige aller religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse zum Schutz der Persönlichkeitsrechte und zur Förderung einer freiheitlich-demokratischen Ordnung zusammenzuführen.

Der Herder-Verlag hat sich nun bereiterklärt, in sein Lexikon folgenden Eintrag aufzunehmen: "Humanistische Union, 1961 gegründet, will mit Angehörigen aller Weltanschauungen die freiheitlich-demokratische gegen jede weltanschaulich gebundene Ordnung fördern."

Der Herder-Verlag verpflichtete sich darüberhinaus, die Berichtigung auf seine Kosten als Anzeige in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und der "Welt" zu veröffentlichen, sie als Presseerklärung bekanntzugeben und sämtliche Anwaltsgebühren zu bezahlen.

Beirat zur Humanistischen Union ernannt

=====

Die Satzung der HU steht neben Vorsitzendem und Vorstand als repräsentatives und beratendes Organ den "Beirat" vor. Da die HU nach zweijähriger Anlaufzeit weitgehende Anerkennung in der Öffentlichkeit gefunden hat, schien es uns nunmehr an der Zeit, den Beirat zu konstituieren und namhafte Mitglieder und Freunde der HU zu bitten, sich durch ihre Mitwirkung an so exponierter Stelle mit der Entwicklung und den Zielen der Vereinigung solidarisch zu erklären. Folgende 40 Persönlichkeiten wurden vom Vorstand mit Wirkung vom 14. Februar in den Beirat berufen:

Peter Blachstein MdB; Axel Eggebrecht; Prof. Dr. Thomas Ellwein; Rechtsanwalt Erwin Fischer; Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim; Ruth Andreas Friedrich; Pfarrer Diether Gehrman; Rabbiner Dr. Robert Raphael Geis; Prof. Rudolf Genschel; Prof. Dr. D.D. Helmut Gollwitzer; Pfarrer Günther Heipp; Rektor Fritz Hermann; Rechtsanwalt Martin Hirsch MdB; Dr. Herbert Jäger; Pfarrer Rudolf Kaffka MdB; Georg Kahn-Ackermann MdB; Hermann Kesten; Dr. Hans Kilian; Oberkirchenrat D.D. Heinz Kloppenburg; Dr. Lotte Köhler; Prof. Dr. Rene König; Präsident Alfons Künstler; Wolfgang Leonhard; Prof. Dr. Ludwig Marcuse; Prof. Dr. Dr. Gustav Mensching; Dr. Sigurd Paulsen; Pfarrer Dr. Georg Pick; Else Reventlow; Dr. Franz Roh; Dr. Juliane Roh; Prof. Dr. Walter Seitz; Prof. Dr. Ulrich Sonnemann; Prof. Dr. Hans Schaefer; Paul Schallück; Prof. Dr. Karl Schlechta; Oberlandesgerichtspräsident Dr. Richard Schmid; Prof. Dr. Hermann Wein; Prof. Dr. Wilhelm Weischedel; John van Nes Ziegler MdL; Prof. Dr. Lothar Zetz.

Gemeinschaftsschulaktion in Bayern

=====

und Franke r

=====

Wie die meisten Orte im Einflußbereich der CSU sind die Städte Bamberg, Aschaffenburg, Coburg, Regensburg, Passau, Landshut und Starnberg noch ohne Gemeinschaftsschule. Die HU wird deshalb bis zur diesjährigen Schuleinschreibung im Mai versuchen, wenigstens in den genannten größeren Gemeinden die

Zahl von Eltern zur Wahl dieser Schulart zu bewegen, die zur Gründung einer Gemeinschaftsschule nötig ist. Die bayerischen Schulgesetze, die die Konfessionsschule bevorzugen, erschweren dieses Vorhaben jedoch vor allem dadurch, daß zunächst einmal in jedem Ort mindestens fünf Eltern einzeln einen Antrag auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule stellen müssen, bevor diese Schulart bei der amtlichen Bekanntmachung der Schuleinschreibung überhaupt mit zur Wahl gestellt wird. Wir sind nun dabei, durch Inserate jeweils eine lokale "Zelle" von interessierten Eltern zu bilden und wollen dann durch eine Plakataktion und eine Werbeveranstaltung die örtliche Presse und Öffentlichkeit auf die Existenz und die Bemühungen dieser Elternvereinigung aufmerksam machen.

M a ß n a h m e n g e g e n F i l m z e n s u r

=====

Die HU bereitet zur Zeit einen Aufruf an alle deutschen Filmverleiher, -importeure und -produzenten vor, dem Einfluß der verschiedenen offiziellen und getarnten Filmzensurgremien entgegenzuwirken und deren Tätigkeit auf den reinen Jugendschutz zu beschränken. Da in den letzten Monaten die Filmzensur in der liberalen Presse kritisiert wurde und zur Zeit im Bundestag vor allem der "Interministerielle Ausschuß für Ost-West-Filmfragen" und das ihm zugrundeliegende verfassungswidrige Gesetz stark umstritten sind, scheint der Zeitpunkt für unsere Initiative günstig.

Die Stellungnahme der HU wird folgende Hauptpunkte enthalten: 1. Öffentliche Kontrolle der "Freiwilligen Selbstkontrolle" und der "Filmbewertungsstelle" mittels Veröffentlichung der Urteile und Bewertungsbegründungen durch die betroffenen Filmfirmen. 2. Bei Verboten oder entstellenden Kürzungen Verfassungsklage durch ein Mitglied der HU wegen Verletzung der Informationsfreiheit. 3. Im Fall des Einfuhrverbots eines bedeutenden und nicht antidemokratischen Ostblockfilms, (z.B. "Mutter Johanna von den Engeln" oder "Das höhere Prinzip") würde die HU auf Wunsch nochmals Importantrag stellen und bei neuerlicher Ablehnung gegen den "Interm. Ausschuß"prozessieren. 4. Gründung eines "Schutzverbands gegen Filmzensur" nach dem Muster der "Verlegerschutzgemeinschaft".

I n t e r n a t i o n a l e T a g u n g ü b e r J u g e n d p r o b l e m e

=====

Die Internationale Liga für Erziehung, Unterricht und Volksbildung, Paris, veranstaltet zusammen mit der HU vom 31. März 1964 bis 4. April 1964 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt (Rheinland) eine pädagogische Tagung über das Thema "Die Zukunft der Jugend in der modernen Welt, speziell im werdenden Europa". Herr Studienrat Dr. Jürgen Böddrich, Vorstandsmitglied der HU, hält das Einführungs- und Hauptreferat. Außerdem sprechen französische und luxemburgische Referenten über Jugendverbände, Freizeitprobleme, politisches Engagement der Jugend und vieles andere. Daneben sind eine Reihe von Diskussionen über einschlägige pädagogische Fragen vorgesehen. Selbst-Kostenbeteiligung für 50 Teilnehmer pro Kopf DM 50.-- plus Reisespesen. Sonst alles frei. Wir würden die Teilnahme von mehreren sachkundigen Mitgliedern der HU sehr begrüßen. Interessenten wollen sich bitte baldmöglichst bei der Münchner Geschäftsstelle anmelden (evtl. Reisekostenzuschuß möglich).

V e r a n s t a l t u n g e n :

Über das Thema "Notstandsgesetze - Notstand der Demokratie?" sprach unser Mitglied Rechtsanwalt Heinrich Hannover am 9.1.1964 in Bremen und am 14.1.1964 in Lüneburg.

Eine Podiumsdiskussion, die die Humanistische Studenten-Union Freiburg am 22.1.1964 in einem Katholischen Studentenheim veranstaltete, galt der Frage: "Welche Folgerungen ergeben sich aus dem weltanschaulichen Pluralismus für die politische Ordnung?" Die katholischen Gesprächspartner zeigten sich dabei recht aufgeschlossen.

Am 4.2.1964 hielt unser Mitglied, der Biologe Dr. Rudolf Bojanovsky, vor den Münchner Mitgliedern und Gästen einen Vortrag "Magie, Ideologie und Toleranz als Stufen der biologischen Entwicklung der Menschheit".

Der Berliner Ortsverband veranstaltete am 14.2.1964 eine öffentliche Podiumsdiskussion über das Thema "Gefährdung der Demokratie im kalten Krieg". Teilnehmer waren: Gräfin Marion Dönhoff ("Die Zeit"), Prof. Martin Drath (ehem. Bundesverfassungsgericht), Prof. Joachim Lieber (F.U. Berlin, Soziologe), Prof. Wilhelm Weischedel (F.U. Berlin, Philosophie), Mattias Walden (Sender Freies Berlin, "Quick;"), Ernest J. Salter. Die Diskussionsleitung hatte Prof. Werner Stein.

Als Auftakt der geplanten Einflußnahme der HU auf den Aufbau neuer Universitäten veranstaltet die Humanistische Studenten-Union München am 24.2.1964 ein öffentliches Streitgespräch zwischen Wissenschaftlern und Politikern über die Frage "Wer studiert in Regensburg? - Provinzkolleg oder Modelluniversität?". Es beteiligen sich: Prof. Dr. Haseloff, Berlin, Dr. Kilian, München, Rektor Prof. Dr. Patat, München, Staatsminister a.D. Prof. Dr. Rucker, München sowie die Landtagsabgeordneten Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Oberstudiendirektor Dr. Arnold (CSU) und Prof. Dr. Häberle (SPD).

Am 6.3.1964 referiert Herr Studienrat Dr. Jürgen Bödrich in Starnberg b. München im Zuge unserer oben erwähnten Gemeinschaftsschul-Aktion in einem öffentlichen Vortrag über das Thema: "Gemeinschaftsschule oder Konfessionsschule".

Über das Thema "Geburtenregelung - soziale Notwendigkeit oder hemmungslose Genußsucht?" führen auf Einladung des Ortsverbandes Hamburg am 11.3.1964 ein öffentliches Podiumsgespräch: Dozent Dr. Giese, Hamburg, Prof. Dr. Harmen, Hamburg, Rechtsanwalt Dr. Josef Augstein, Hannover, und Dr. Axel Dohrn, Lingen/Ems.

Diesen Mitteilungen liegt ein Referat des Referenten für Öffentlichkeitsarbeit der HU, Rainer Haun, bei (Anlage 1), des weiteren ein Rundschreiben betreffs Spendenbescheinigungen (Anlage 2) sowie schließlich eine Angebotsliste von Veröffentlichungen der HU (Anlage 3).

HUMANISTISCHE UNION

München 9, Geiseltasteigstr. 116

Konten: Postscheckkonto München 104 200

Dresdner Bank, München Nr. 106 018